

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einleitung	1
Erstes Kapitel – Rechtliche Rahmenbedingungen für Arbeitszeitkonten	5
I. Terminologie	6
II. Rahmenregelungen zu Arbeitszeitkonten	7
1. Vorliegen einer Wertguthabenvereinbarung.....	7
2. Abgrenzung Wertguthabenvereinbarung – sonstige Wertkonten	8
3. Arbeitszeitkontenregelungen und Wertguthabenvereinbarungen im tariflichen Bereich	9
4. Verwendungszwecke von Wertguthaben.....	10
5. Kontenführung von Wertguthaben	11
6. Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Wertguthaben.....	12
7. Vermögensanlage von Wertguthaben	13
8. Insolvenzsicherung von Wertguthaben.....	14
9. Portabilität/Übertragung von Wertguthaben auf die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV).....	17
10. Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Wertguthaben im Störfall.....	18
11. Umwandlung von Wertguthaben in eine bAV als Störfall.....	19
12. Aufzeichnungs- und Informationspflichten.....	21
III. Klassische Arbeitszeitkontenmodelle	21
1. Kurzzeitkonten	21
2. Langzeitkonten.....	22
3. Lebensarbeitszeitkonten.....	23
4. Kombinationsmodelle	23
Zweites Kapitel – Ökonomische Analyse der Einführung von Arbeitszeitkonten im Unternehmen	25
I. Problemstellung.....	25
1. Häufig genannte Vorteile von Arbeitszeitkonten	25
a. Für Arbeitnehmer	26
b. Für Arbeitgeber	26
2. Ziel der ökonomischen Analyse	27
3. Vorgehensweise	30

II.	Analysebasis.....	31
1.	Besonderheiten von Arbeitsverhältnissen aus ökonomischer Perspektive	31
a.	Relationale Verträge.....	31
b.	Prinzipal-Agent-Verhältnis	32
c.	Moral-Hazard-Verhalten.....	33
d.	Kooperatives Verhalten	33
e.	Hierarchischer Aufbau.....	34
f.	Beschränkungen der Vertragsfreiheit	34
g.	Property Rights	35
h.	Marktversagen.....	35
i.	Implizite Verträge	37
2.	Spieltheorie als Grundüberlegung für die Analyse.....	37
III.	Bestimmung der Idealpositionen	40
1.	Idealpositionen der Arbeitgeber/Unternehmen	40
2.	Idealpositionen der Arbeitnehmer	41
IV.	Ablauf der Verhandlungen	42
1.	Verhandlungspositionen der Arbeitgeber.....	43
a.	Produktiver Einsatz der Arbeitskräfte.....	43
(1)	Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitgeber	43
(2)	Ausgangsposition der Arbeitnehmer	44
(3)	Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	45
(4)	Mögliches Verhandlungsergebnis	46
b.	Beschäftigungsstabilisierung	46
(1)	Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitgeber	46
(2)	Ausgangsposition der Arbeitnehmer	48
(3)	Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	48
(4)	Mögliches Verhandlungsergebnis	50
c.	Geringhaltung der Personalkosten.....	50
(1)	Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitgeber	50
(2)	Ausgangsposition der Arbeitnehmer	51
(3)	Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	51
(4)	Mögliches Verhandlungsergebnis	53
d.	Transparenz und Kontrolle	54
(1)	Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitgeber	54
(2)	Ausgangsposition der Arbeitnehmer	54
(3)	Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	55
(4)	Mögliches Verhandlungsergebnis	55
e.	Vertrauen und Kooperation.....	56
(1)	Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitgeber	56

(2) Ausgangsposition der Arbeitnehmer	56
(3) Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	56
(4) Mögliches Verhandlungsergebnis	57
2. Verhandlungspositionen der Arbeitnehmer.....	58
a. Physische Bedürfnisse	58
b. Sicherheit und Bequemlichkeit.....	58
(1) Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitnehmer	58
(2) Ausgangsposition der Arbeitgeber	60
(3) Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	61
(4) Mögliches Verhandlungsergebnis	63
c. Anerkennung.....	64
(1) Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitnehmer	64
(2) Ausgangsposition der Arbeitgeber	65
(3) Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	65
(4) Mögliches Verhandlungsergebnis	65
d. Selbstverwirklichung	66
(1) Ideal- / Ausgangsposition der Arbeitnehmer	66
(2) Ausgangsposition der Arbeitgeber	67
(3) Beeinflussung durch Arbeitszeitkonten.....	67
(4) Mögliches Verhandlungsergebnis	68
3. Ergebnis der Verhandlungen	69
V. Zusammenfassung des zweiten Kapitels	70
Drittes Kapitel – Der Anspruch der Arbeitnehmer auf Wertguthaben-vereinbarungen gem. § 7b SGB IV	73
I. Problemstellung.....	73
1. Warum über einen Arbeitnehmeranspruch nachgedacht werden sollte – Ökonomische Überlegungen	73
2. Vorgehensweise.....	76
II. Anspruch aus Arbeitsvertrag.....	77
1. Auslegung von Arbeitsverträgen	77
2. Fürsorgepflichten des Arbeitgebers	78
3. Bestimmungsrecht über das erdierte Arbeitsentgelt	81
4. Geltendmachung von Eigentumspositionen	82
5. Fazit.....	84
III. Tarifvertraglicher Anspruch	84
IV. Einfachgesetzlicher Anspruch.....	84
V. Verfassungsrechtlicher Anspruch.....	85
1. Staatliche Schutzpflichten.....	86
a. Schutzpflichtendogmatik	86

b.	Zukunftsgerichteter Schutz	90
c.	Einbeziehung sozialer Prinzipien	90
2.	Subjektives Recht auf Schutz	92
3.	Eröffnung des Schutzbereiches	93
a.	Persönlicher Schutzbereich.....	93
b.	Sachlicher Schutzbereich.....	94
4.	Schutzgutgefährdung	95
a.	Maßstab eines schutzpflichtenaktivierenden Gefährdungsniveaus.....	96
(1)	Evidenzformel und Untermaßverbot	97
(2)	Schutzpflichtenaktivierende Gefährdungslagen in Vertragsverhältnissen.....	98
(a)	Fallgruppe unvorhersehbarer Gefahren	100
(b)	Fallgruppe struktureller Ungleichgewichte im Arbeitsverhältnis.....	100
b.	Ungewöhnliche Belastungen durch die Vertragsfolgen.....	105
(1)	Abstimmbarkeit von Arbeitszeit und Freizeit.....	106
(2)	Beschäftigungssicherung	108
(3)	Betreuung von Kindern.....	109
(4)	Pflege Angehöriger.....	112
(5)	Weiterbildung	114
(6)	Vorgezogener Ruhestand.....	116
(7)	Altersvorsorge.....	118
5.	Berücksichtigung der Belange der Arbeitgeber	122
6.	Fazit.....	123
VI.	Europarechtlicher Anspruch.....	125
1.	Primärrecht.....	125
2.	Sekundärrecht.....	127
3.	Weitere Regelungen.....	128
4.	Schutzpflichten aus dem europäischen Recht.....	129
5.	Fazit.....	130
VII.	Zusammenfassung des dritten Kapitels	130
Viertes Kapitel – Verfassungsrechtliche Bedenken an der beitragspflichtigen Umwandlung von Wertguthaben in eine bAV	135	
I.	Problemstellung.....	135
1.	Entwicklung der gesetzlichen Vorgaben der Umwandlung von Wertguthaben in eine bAV	136
2.	Gründe des Gesetzgeber für die Neuregelung des § 23b Abs. 3a Satz 2 SGB IV.....	138

3.	Vorgehensweise.....	140
II.	Verstoß gegen einfaches Recht	140
III.	Verstoß gegen Verfassungsrecht.....	141
1.	Formelle Verfassungsmäßigkeit.....	141
2.	Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG.....	142
	a. Eröffnung des Schutzbereiches.....	142
	b. Unmittelbare Eingriffe	144
	(1) In die Privatautonomie.....	144
	(2) In die allgemeine Handlungsfreiheit.....	146
	(3) Rechtfertigung bzw. Schutzpflichtenaktivierendes Gefährdungsniveau	146
	(a) Rechtfertigung bei Annahme eines Eingriffs durch aktives Tun	147
	(b) Schutzpflichtenaktivierendes Gefährdungsniveau bei Annahme eines Eingriffs durch Unterlassen	149
	c. Mittelbare Eingriffe	150
	(1) Aufgrund wirtschaftlicher Nachteiligkeit.....	150
	(2) Weitergehendes, erhöhtes Vorsorgerisiko Wenigverdiener.....	151
	(3) Faktischer Zwang zur Auszahlung bzw. Freistellung	153
	(4) Eingriffsschwelle bei mittelbaren Eingriffen	154
	d. Fazit.....	155
3.	Verstoß gegen Art. 3 GG	156
a.	Unmittelbare Ungleichbehandlung nach Art. 3 Abs. 1 GG	156
	(1) Vorrangige Anwendbarkeit der Regelungen über die Entgeltumwandlung.....	157
	(2) Ungleichbehandlung wesentlich gleicher Sachverhalte ...	158
	(3) Rechtfertigungsansatz.....	161
b.	Mittelbare Ungleichbehandlung von Personengruppen	161
	(1) Mittelbare Ungleichbehandlung von Wenigverdienern und Mehrverdienern.....	162
	(2) Vorrangige mittelbare Ungleichbehandlung wegen des Geschlechts nach Art. 3 Abs. 2 Satz 2 bzw. 3 Satz 1 GG	163
	(a) Abgrenzung der Anwendungsbereiche von Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3 GG	163
	(b) Empirische Daten und Grundsätze bezogen auf eine geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung.....	166
	(3) Rechtfertigung der mittelbaren Diskriminierung	169
	(a) Rechtfertigungsmaßstab	169

(b) Rechtfertigung	170
(4) Rechtfertigung der mittelbaren Ungleichbehandlungen von Personengruppen nach Art. 3 Abs. 1 GG.....	176
(a) Rechtfertigungsmaßstab	176
(b) Rechtfertigung	178
c. Fazit.....	180
4. Verstoß gegen den Vertrauensschutz.....	181
IV. Verstoß gegen Recht der Europäischen Union	182
1. Verstoß gegen Grundfreiheiten und das allgemeine Diskriminierungsverbot	182
2. Verstoß gegen das Gebot der Entgeltgleichheit.....	183
3. Verstoß gegen das allgemeine arbeitsrechtliche Gleichheitsgebot der Geschlechter	184
4. Verstoß gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.....	185
5. Verstoß gegen Sekundärrecht	186
a. Richtlinie 2006/54/EG	186
b. Richtlinie 2004/113/EG	188
c. Richtlinie 79/7/EWG	189
6. Fazit.....	189
V. Vorschlag einer Neuregelung zur sozial-versicherungsrechtlichen Behandlung der Umwandlung von Wertguthaben in eine bAV	189
VI. Zusammenfassung des vierten Kapitels	194
Wesentliche Ergebnisse der Arbeit	199
Literaturverzeichnis.....	203